

Beschluss des Landrats vom 02.11.2023

Nr. 138

18. Stopp den schädlichen Lichtemissionen!

2023/216: Protokoll: mko

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehme.

Thomas Eugster (FDP) sagt, dass seine Fraktion gegen Überweisung sei. Und zwar aus den folgenden drei Gründen. Erstens: Die Umsetzung der Massnahmen liegt stark auf Gemeindeebene, was aus Sicht der FDP auch so bleiben sollte. Das Postulat hat deshalb über weite Strecken mit dem Kanton den falschen Adressaten. Zweitens: Das Postulat steht mit seiner gesamtheitlichen Fragestellung – einem eigentlichen Rundumschlag, der locker zehn Studierenden Raum für Bachelor- und Masterarbeiten bieten würde – in keinem Verhältnis zum Ergebnis. Das Anliegen ist zu breit gefasst, man müsste spezifischer auf gewisse Themen eingehen. Drittens, ganz grundsätzlich: das Postulat zielt auf mehr Regulierung ab, wogegen sich die FDP deutlich wehren möchte. Es gibt bereits eine viel zu hohe Regulierungsdichte, ganz allgemein, aber speziell auch im Bauwesen. Deshalb lehnt die FDP das Postulat ab.

Michel Degen (SVP) führt aus, dass das Thema dieses Postulats schon mehrfach behandelt worden sei. Zum Beispiel 2022 anlässlich der Interpellation «Natürlich dunkle Landschaften», weiter bei der Motion «Dunkelheit als Qualität – Schutz vor Lichtverschmutzung», das im Januar 2022 abgelehnt wurde. Es gab weiter die zum Postulat umgewandelte Motion mit dem Titel «Natürlich Baselland: Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Reduktion von Lichtemissionen», das 2018 überwiesen und 2020 abgeschrieben wurde. Beim vorliegenden Postulat handelt es sich im Grossen und Ganzen um eine Repetition desselben Themas, was aber auch gar keine neuen Erkenntnisse bringen wird. Es ist ein Rundumschlag. Alle Erkenntnisse liegen bereits vor und sind gesetzlich und organisatorisch abgedeckt. Auch die zusätzlich in dem Vorstoss erwähnten Reflexionen werden mit Bestimmtheit irgendwo geregelt sein. Die SVP-Fraktion wird deshalb das Postulat grossmehrheitlich ablehnen.

Stephan Ackermann (Grüne) freut es, dass die Regierung bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Dies zeigt, dass Handlungsbedarf gegeben ist. Man darf gespannt sein, wie die vorhin angekündigte SVP-Minderheit diesmal aussehen wird. Beim letzten Traktandum war sie gar nicht vorhanden. Nun gibt es vielleicht doch ein oder zwei Stimmen, die das Postulat unterstützen werden, denn es macht absolut Sinn.

Die Argumentation des FDP-Sprechers muss man ins Verhältnis setzen zu den vorherigen Vorstössen, die aus dem Kreis der FDP kommen, wobei man ebenfalls argumentieren kann, dass es Sache der Gemeinde sei, dass Ingenieure mit Berechnungen etc. beschäftigt werden. Kurz gesagt: Mit den Argumenten, die die FDP eben vorgebracht hatte, hätte sie vorher gegen ihre eigenen Vorstösse stimmen müssen. Deshalb wäre es schön, man würde sich nochmals überlegen, ob man das Postulat nicht doch unterstützen möchte.

Um was geht es beim Postulat? Es möchte prüfen lassen, ob die vom Bund vorgeschriebene Einhaltung des Vorsorgeprinzips effektiv auch bei der Aussenbeleuchtung gewährleistet ist. Das Postulat fokussiert auf Schnittstellen zwischen dem, was technisch und betrieblich möglich, was wirtschaftlich tragbar und aus Gründen von Umwelt- und Gesundheitsschutz nötig ist. Was möchte die FDP noch mehr? Für die FDP könnte höchstens noch dagegensprechen, dass das Anliegen ebenfalls einen gewissen Gesundheits- und Umweltschutz mitbeinhaltet. Es wäre aber doch schon sehr

überraschend, wenn sich die FDP dagegen positionieren würde. Es geht auch um die Frage, was der Kanton selber macht, um den übergeordneten Vorgaben bei seinen Anlagen gerecht zu werden, ob seine Grundlagen zur Beurteilung des übermässigen künstlichen Lichts aktuell sind. Denn diese wurden in den letzten Jahren überarbeitet. Es geht auch um die Darlegung, wie die Vorgaben des Bunds bis auf die Gemeindeebene Beachtung finden und umgesetzt werden. Letztlich geht es nicht darum, dass das Baselbiet dunkel oder die Weihnachtsbeleuchtung verboten wird, sondern darum, dass die gesetzlichen Normen eingehalten werden. Das Postulat stützt sich auf das in den letzten Jahren neu erarbeitete Merkblatt, das zusammen mit dem Bund, den Schweizerischen Gemeinde- und Städteverbänden sowie der schweizerischen Gesellschaft der Lufthygienefachleute ausgearbeitet wurde. Der Regierungsrat signalisiert mit der Entgegennahme, dass die Fragen berechtigt und klärungswürdig sind. Es ist zu hoffen, dass auch eine Mehrheit des Parlaments dies ähnlich sieht. Im Namen der Grüne/EVP-Fraktion sei deshalb für die Zustimmung gedankt.

Claudia Brodbeck (Die Mitte) sagt, dass ihrer Fraktion das Postulat betreffend Forderungen und möglichen weiteren Vorschriften zu weit gehe. Die beiden Vorredner von FDP und SVP haben die Gründe dargelegt. Darum wird eine Mehrheit der Mitte-Fraktion die Überweisung ablehnen. Claudia Brodbeck vertritt persönlich die Minderheitenmeinung der Fraktion. Sie versteht das Postulat als Prüfauftrag und wird für die Überweisung stimmen. Wir alle wissen, dass mit unseren Ressourcen schonend umgegangen werden muss. Dazu gehören die Energien, aber auch ihr Einfluss auf die Natur. Es ist klar, dass Insekten für ein funktionierendes Ökosystem und auch für die Lebensmittelproduktion unerlässlich sind. Im Nationalrat wurde 2020 eine Motion überwiesen, die verlangt, dass Massnahmen gegen das Insektensterben ergriffen werden müssen. Dazu gehört auch das Vermeiden von unnötigen Lichtemissionen. In Biel-Benken werden seit dem letzten Winter aufgrund der Empfehlung des Bundes zum Energiesparen die Strassenlampen zwischen 24 und 5 Uhr abgeschaltet. Es wurde keine erhöhte Einbruchstätigkeit festgestellt und es rief auch nicht übermässig negative Reaktionen aus der Bevölkerung hervor. Dies zeigt, dass das Bewusstsein gegenüber dem freiwilligen Licht- und Energiesparen geschärft werden kann. Die Mitte-Fraktion würde aber bevorzugen, wenn dies auf Aufklärung und Freiwilligkeit basierte und nicht durch noch mehr dirigistische Vorgaben des Kantons gegenüber den Gemeinden. Im Sinne einer Ressourcenschonung und der Überprüfung eines sinnvollen Einsatzes von Lichtquellen ist somit eine Minderheit der Fraktion für das Überweisen des Postulats.

Simone Abt (SP) meint, dass zur Sache schon genug gesagt worden sei. Es ist allen klar, dass Lichtverschmutzung existiert und es eigentlich gut wäre, wenn man mit unserem Licht und der Energie pfleglich umgehen und es dort einsetzen würde, wo es nötig, aber nicht unnötig und überflüssig ist. Man sollte schon aus anderen Vorstössen wissen, dass die Reglementierung im Lichtverschmutzungsbereich gar nicht so wahnsinnig stringent ist, sondern dass sie aus vielen Empfehlungen und Merkblättern besteht. Was will der Vorstoss? Natürlich ist es ein Rundumschlag, aber es soll ja auch umfassend geschehen. Der Vorstoss möchte eine Auslegeordnung erreichen, um herauszufinden, welche die Möglichkeiten sind, was fürs Baselbiet sinnvoll und machbar ist. Das findet die SP-Fraktion eine sehr gute Sache. Es wäre damit noch keine einzige stringente Bestimmung erlassen worden. Man erhielte einzig vielleicht einmal einen Überblick, was im Kanton sinnvoll wäre. Dafür bittet Simone Abt sehr, Hand zu bieten – denn vielleicht handelt sich dann um den letzten Vorstoss, sofern man mit der Auslegeordnung zu einem sinnvollen Schluss kommt. Diese ist die Regierung sehr wohl bereit zu unternehmen, obwohl der Vorstoss ja so erschreckend umfangreich ist. Bitte bietet Hand dazu, dann lässt sich die Thematik möglicherweise ad acta legen. Es kann auch absolut bei einer gewissen Freiwilligkeit bleiben, sofern sich aus einer Auslegeordnung sinnvolle Schlüsse ableiten lassen, die auch für eine Gemeinde interessant sein können.

Manuel Ballmer (GLP) sagt, dass seine Fraktion klar der Meinung sei, dass das Licht das Ökosystem aus dem Gleichgewicht bringen könne. Nachtaktive Tiere können durch künstliches Licht erheblich gestört werden, unzählige Insekten können aussterben. Der Lebensraum von Tieren kann durch Lichtemissionen zerschnitten, ihr Aktionsradius eingeschränkt und ihr Nahrungsangebot reduziert werden. Auch die innere Uhr von tagaktiven Lebewesen wird gestört. Künstliches Licht bedroht die Biodiversität und damit auch unsere Lebensgrundlage.

Wie Claudia Brodbeck gesagt hatte, sollen FDP und SVP doch bedenken, dass daran auch unsere wirtschaftliche Lebensgrundlage hängt, z. B. die Landwirtschaft. Somit schliesst sich die GLP-Fraktion der Minderheitsmeinung der Mitte an, auch sie begrüsst Empfehlungen, Aufklärungs- und Sensibilisierungsmassnahmen gegenüber der Bevölkerung und zieht ein Gebot gegenüber dem Verbot vor.

Thomas Eugster (FDP) möchte darauf hinweisen, dass man hier immer von der nächtlichen Lichtverschmutzung redet. In Punkt 1.3 geht es aber auch um Reflexionen von Sonnenlicht an Fassaden, Fensterflächen, Solaranlagen etc. Es geht also nicht nur um die Nacht, sondern auch um den Tag. Das Feld ist weiter als hier einige vielleicht meinen. Das ist eine Büchse der Pandora, die man nicht öffnen sollte. Es steht im Vorstoss natürlich, dass man Beispiele von kantonalen Bauten bringen sollte. Am Schluss geht es aber auch um die Vorschrift und deren Umsetzung. Das ist unklar, deshalb ist an die Minderheit der Mitte zu appellieren, sich das nochmals zu überlegen.

Fredy Dinkel (Grüne) hält sich kurz, denn das meiste wurde schon gesagt. Man sollte daran denken, dass Insekten nicht nur für Honigliebhaber da sind, sondern sie auch ein Wirtschaftsfaktor sind und ganz viel für das BIP leisten. Deshalb ist kaum zu verstehen, weshalb die FDP nicht einmal dafür zu haben ist, das Thema breit (und nicht nur spezifisch) zu prüfen. Es geht nicht um Regulierung.

Für Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) ist unbestritten, dass es Lichtemissionen – und auch Lichtimmissionen – gibt, unbestritten auch, dass es unnötige und schädliche gibt. Darüber muss man gar nicht lange diskutieren. Wenn man in der Nacht rumspaziert, sieht man schnell, dass das tatsächlich ein Thema ist oder sein müsste. Es handelt sich um ein Postulat, um das Thema zu prüfen und darüber zu berichten. Wenn der Regierungsrat sagt, er sei bereit dazu, zu dem Thema etwas zu sagen, heisst das noch nicht, dass er mit jedem einzelnen Punkt einverstanden ist. Er findet es vielmehr sinnvoll, dass man sich damit auseinandersetzt und darüber berichtet. Selbstverständlich ist die Rolle der Gemeinden bekannt. Man kennt aber auch die Realität, und es ist oft so, dass es nicht immer Sinn macht, wenn sich 86 Gemeinden um ein Thema kümmern. Sie sind im Gegenteil froh, wenn der Kanton gewisse Unterstützung bietet und eine Koordination vornimmt – nebst dem, dass im Postulat auch kantonale Bauten angesprochen wurden. In dem Sinne wäre der Regierungsrat bereit, den Vorstoss entgegenzunehmen und darüber Bericht zu erstatten. Dies gäbe eine Grundlage, um allenfalls weiter zu diskutieren.

://: Mit 41:38 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.
